

GESELLSCHAFT &amp; CORONAPANDEMIE (1)

# Solidarität statt Eigenverantwortung

Claudine Muno

**Die Haltung, die sich angesichts der Coronapandemie durchgesetzt hat, sagt viel über den vorherrschenden Begriff von Gesellschaft aus, der jenseits von Altruismus und Individualismus auch in Luxemburg kein Verhältnis zu dem Virus entwickeln kann. In ihrem Buch „Politische Körper“ ergründet die deutsche Autorin und Philosophin Jule Govrin, warum es so schwerfällt, gesellschaftliche Verantwortung umzusetzen.**

Als das Coronavirus sich im März 2020 global ausbreitete, sah es zunächst so aus, als wäre das Besondere daran die Art und Weise, wie es alle Menschen gleichermaßen traf. Plötzlich wurde vielen ihre Verletzlichkeit bewusst, die sie lange erfolgreich verdrängt hatten. Zu beschäftigt war man damit, sich selbst zu optimieren.

Doch nun wurde statt Individualismus die Sorge für andere und Solidarität verlangt. Sorge auch um die Menschen, die bald als besonders verletzlich identifiziert wurden, „vulnerabel“, wie es heutzutage so souverän heißt. Und Solidarität mit den Berufsgruppen, die im Lockdown an vorderster Front weiterarbeiten mussten. Man lernte die Vokabel „systemrelevant“.

Berufsgruppen, die sich vorher für unverzichtbar hielten, schienen plötzlich weniger unersetzlich als Zugbegleiter\*innen oder Kassierer\*innen. Letztere waren es, die sich dem Virus unmittelbar und weitestgehend ungeschützt aussetzen mussten und dadurch ihre „Systemrelevanz“ erwiesen. Auch deshalb

wandten sich Politiker\*innen wie die damalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel an die Bevölkerung und mahnten, dass „wir uns durch gemeinsames Handeln (...) schützen und gegenseitig stärken“ könnten.

Geschützt werden sollten in erster Linie die Körper. Um die Menschen vor schwerer Erkrankung und Tod zu bewahren, aber auch um Supermärkte und Krankenhäuser offenzuhalten, oder die Müllbeseitigung und die Postzustellung zu garantieren. Es ging um die individuellen Körper, aber auch die Gemeinschaft aller Körper, die sozialen Strukturen, die in sich zusammenzufallen drohten, als Schulen und Kitas schlossen. Deshalb hat die Philosophin und politische Autorin Jule Govrin (geboren 1984) den Körper und seine Verwundbarkeit als Prisma gewählt, um die zwei Jahre Pandemie Revue passieren zu lassen. Im Rahmen ihrer Forschung beschäftigt sie sich schon länger mit dem Verhältnis zwischen Gefühl, Politik und Wirtschaft. Ihre Dissertation verfasste sie 2020 über den Zusammenhang von Begehren und Ökonomie. In ihrem nun vorliegenden Buch orientiert sie sich an Judith Butlers „Ethik der Verwundbarkeit“. Die Verwundbarkeit versteht Govrin als „Modus einer grundlegenden Gleichheit zwischen den Körpern“.

Zumindest in den westlichen Industriegesellschaften hielt die aus der vermeintlichen Gleichheit vor dem Virus resultierende Solidarität nicht lange an. Bei manchen Menschen stellte sie sich gar nicht erst ein. Während die einen einsam starben oder um ihre Existenzgrundlage fürchteten,

filmten sich andere beim Fermentieren oder hamsterten industrielle Mengen an Mehl, Hefe und Toilettenpapier. Und Politiker wie der Christdemokrat Wolfgang Schäuble und der Grüne Boris Palmer stellten öffentlich die Frage, ob man wirklich „um jeden Preis jedes Leben schützen“ müsse.

Wer Leben schützen wollte, nahm in Kauf, Arbeitsplätze zu gefährden und umgekehrt. Neoliberalismus und Schutz der Gefährdeten schienen sich auszuschließen. Die „unproduktiven, alten und versehrten Körper“ (Govrin) verlangsamten das wirtschaftliche Wachstum.

Solidarität schien die Gesellschaft nicht zu stärken, in Gegenteil. Statt zu einem verbindenden Element wurde Vulnerabilität per se „zum defizitären Zustand“ erklärt. Als 2021 viele Menschen auf den Intensivstationen an Covid-19 starben, fiel auf, dass darunter erstaunlich wenige Patient\*innen aus Pflegeheimen oder Behinderteneinrichtungen waren. Ärzt\*innen überstellten diese Menschen oftmals gar nicht mehr ins Krankenhaus, selbst wenn es dort noch freie Betten gab. Die Daseinsberechtigung von „unproduktiven“ Körpern wurde infrage gestellt, besonders als diese geschwächten Körper auf ein durch Austeritätspolitik ebenso geschwächtes Gesundheitssystem trafen.

Bald zerfiel das „solidarische Wir“, von dem Merkel sprach; an seine Stelle trat die Unterscheidung zwischen schützenden und schutzbedürftigen Körpern. Anlässlich seiner Wiederwahl zum deutschen Bundespräsidenten appellierte Frank-Walter Steinmeier Anfang 2022, auf „die Lage

der Ärmsten und Verwundbarsten in unserem Land“ zu achten. Implizit zog er damit eine Trennlinie zwischen den vermeintlichen Starken, die zugunsten der Schwächeren zurückstecken sollten. Solidarität ging plötzlich nicht mehr allseitig alle an, sondern wurde zu einer Verpflichtung, die man zugunsten anderer widerwillig auf sich zu nehmen hatte.

Heute ist klar, dass die Pandemie die Gesellschaft nicht gerechter gemacht, sondern stattdessen die Ungleichheit noch verstärkt hat. Govrin zitiert aus einem Oxfam-Bericht von 2021, dass die Coronakrise „wie unter einem Brennglas (zeigt), wie sehr unser derzeitiges Wirtschaftssystem die Ungleichheit vertieft“. Und der nachfolgende Bericht von 2022 rechnet aus, dass das kumulierte Vermögen aller Milliardär\*innen seit Beginn der Pandemie um fünf Billionen US-Dollar gestiegen sei. „Das ist ein größerer Zuwachs als in den 14 Jahren vor der Pandemie zusammen.“

## Die von der Autorin kritisierte Rhetorik herrscht auch in Luxemburg vor.

Während sich die einen fragten, ob es vertretbar sei, die Wirtschaft zu schwächen, wegen Menschen, „die in einem halben Jahr sowieso tot wären“ (Boris Palmer), blieb vielen Lohnabhängigen keine Wahl als ihre Gesundheit für den eigenen Broterwerb und das wirtschaftliche Wachstum aufs Spiel zu setzen.

Ob man an Corona erkrankte und wie schwer, war in erster Linie eine Frage der sozialen Stellung und der damit verbundenen Lebensumstände. Im April 2021 wurde nach Recherchen der deutschen TV-Nachrichtensendung „tagesschau“ bekannt, dass der Plattformversandhandel Amazon, einer der großen Gewinner der Pandemie, seinen Mitarbeiter\*innen das Tragen von FFP2-Masken verbot, weil „die Einhaltung der maskenfreien Zeit zu höheren Kosten führen würde“. Als es in Schlachthäusern massenweise Coronainfektionen unter den Angestellten gab, wurden alle, die einen Arbeitsplatz teilten, nicht in Einzelquarantäne geschickt, sondern mussten sich in ihren Sammelunterkünften gemeinsam isolieren, sodass sich auch die Gesunden am Ende infizierten. Vulnerabel waren also nicht nur die Alten und Kranken, die nicht mehr aktiv am Arbeitsleben teilnehmen können, sondern auch Lohnabhängige, die man in ihren prekären Arbeitsverhältnissen in diese „Vulnerabilität“ gezwungen hat.

Was wäre jedoch die Alternative? Als Gegenentwurf zu dem, was Govrin die „sozialdarwinistischen Anforderungen des Kapitalismus“ nennt, beschreibt sie feministischen Streikpolitiken, wie sie unter anderem 2016 in Argentinien entstanden. Als Reaktion auf die sich mehrenden Feminizide, entschieden sich Frauen in dem lateinamerikanischen Land, die Reproduktionsarbeit niederzulegen. Sie wehrten sich kollektiv gegen die „strukturelle Verwundbarmachung von Körpern“, unabhängig davon, ob sie selbst von Gewalt betroffen waren

oder nicht. Der Körper jeder einzelnen Frau sollte zum Körper aller werden.

Von dieser Art streitbarem Universalismus ist man auch in Luxemburg aktuell im Hinblick auf die Pandemie weit entfernt. Wenn die Politik Schutzmaßnahmen beispielsweise nur auf Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser beschränkt, dann werden „Vulnerable rhetorisch an die Ränder der Gesellschaft (gedrängt)“, damit man politisch rechtfertigen könne, was real die sogenannte „Durchseuchung“ bedeutet. Govrin bezeichnet das Abschaffen basaler Schutzmaßnahmen trotz hoher Inzidenzen als „zynisches Kalkül“. „Als wären Vulnerable einzig Menschen, die isoliert in Einrichtungen wohnen würden, und nicht Menschen, die inmitten der Gesellschaft leben.“

Die von der Autorin kritisierte Rhetorik herrscht auch in Luxemburg vor. Auf RTL erklärte der Virologe Thomas Dentzer vor wenigen Wochen, es sei natürlich nicht verboten, sich zu testen und Maske tragen, bevor man die „Boma“ besuche. Das klang, als wohnten alle „Bomas“ irgendwo weit weg im Wald und statt vor dem bösen Wolf müssten wir uns nun eben vor dem bösen Virus in Acht nehmen. Bewusst ausgeblendet wird dabei auch die unbezahlte Sorgearbeit, die von zahllosen Großeltern geleistet wird und es oft erst ermöglicht, dass beide Elternteile berufstätig sein können. In Luxemburg nimmt dieses „an den Rand drängen“ übrigens nicht nur rhetorisch und sozial, sondern geographisch ganz konkrete Formen an. Der größte Teil der Pflegearbeit wird von Pendler\*innen geleistet, die jeden

Tag nicht nur das Risiko einer Infektion, sondern auch weite Arbeitswege auf sich nehmen.

Auch wer Govrins Analyse nicht in allen Punkten teilt, muss zumindest ihren Mut bewundern, eine Position zu beziehen, die sich so grundlegend von der vorherrschenden Haltung unterscheidet, vor allem das Recht auf individuelle Freiheit zu verteidigen, statt mehr Solidarität zu fordern. Ihre Analyse erschüttert die vermeintlichen Gewissheiten, mit denen der Großteil sich mittlerweile gemütlich arrangiert hat, und zwar, dass es in Ordnung sei, die kollektive Verantwortung zugunsten von Eigenverantwortung aufzugeben.

Eigenverantwortung klingt nach Selbstermächtigung, aber eigentlich nimmt man lediglich der Allgemeinheit - der Gesellschaft - die Last ab,

um sie allein jenen aufzubürden, die ohnehin schon am meisten zu schultern haben - um bei der Körper-Metapher zu bleiben. Hier zieht Govrin Parallelen zum Problem des Klimawandels, der das Leben jener am stärksten beeinträchtigt, die ihn am wenigsten zu verantworten haben. Einmal mehr werde angesichts der Coronapandemie die Chance zum Umdenken nicht ergriffen, so die Philosophin. Doch spätestens, wenn die Klimakrise auch uns mit voller Wucht trifft, werden wir es müssen.

Jule Govrin: Politische Körper. Von Sorge und Solidarität. Matthes & Seitz, 261 Seiten.

